

Bremen

Empfehlung zu Open Data

[20.01.2011] In der Freien Hansestadt Bremen wurden Leitlinien zu Open Government Data ausgearbeitet. Ziel der Empfehlung ist es, einen besseren Informationszugang und mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung zu schaffen.

Die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert, Herbert Kubicek vom Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) und die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in Bremen, Imke Sommer, haben die Bremer Empfehlung zu Open Government Data unterzeichnet, die Leitlinien für eine offensive, IT-gestützte Informationspolitik skizziert. Nach Angaben der Unterzeichner will Bremen damit seine Erfahrungen in die aktuelle Debatte einbringen. So habe Bremen bereits 2006 eine aktive und nutzerfreundliche Informationspolitik gesetzlich verankert, wie sie jetzt unter dem Begriff Open Data gefordert werde und auf dem letzten IT-Gipfel zwischen Bundesregierung und IT-Wirtschaft verabredet worden sei. Karoline Linnert verweist hierbei auf das zentrale Informationsregister Bremens im Internet: „Es ist sicher nicht perfekt, aber wir haben damit eine Vorreiterrolle übernommen. Wir warten nicht auf Fragen von Bürgern, sondern informieren offensiv über beschlossene Senatsvorlagen, bremische Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften und vieles mehr.“ Für Herbert Kubicek sind außerdem die zusätzlichen Anforderungen der aktuellen Open-Data-Diskussion zur maschinellen Weiterverarbeitung von Verwaltungsdaten von Bedeutung: „Ich würde mich freuen, wenn diese Forderungen in Bremen umgesetzt würden. Bremen könnte so seine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet behaupten.“

(cs)

Die Bremer Empfehlung zum Download

Stichwörter: Open Government, Bremen, Open Government, Herbert Kubicek, Karoline Linnert, Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)